

vorüber

Beiträge: 35

[Einladung beim Landeshauptmann](#)

15.12.2011 09:40:10

Besprechung mit dem Herrn Landeshauptmann, am 14.12.2011 im Landhaus.

Herr LH Günther Platter und LHStv. Toni Steixner haben ganz kurzfristig auf 14.12.2011 um 12.30 zu einem Gespräch in das Landhaus eingeladen. Eingeladen und anwesend waren Georg Danzl, Toni Riser, Willi Schlögl und Markus Gerber sowie Herr Baldauf von der Agrarbehörde.

Dazu ein kurzer Bericht, wie dieses Gespräch bei mir angekommen ist.

LH und LHStv erklärten uns, dass bei dem ergangenen Erkenntnis zu Mieders und dem Druck der öffentlichen Meinung keine Alternative bestand, als das TFLG anzupassen. Bei der TFLG Novelle wurde ausgehend von den Forderungen aus sämtlichen Parteien und auch des Gemeindeverbandes das Höchstmögliche für die Agrargemeinschaften und deren Mitglieder erreicht, das es in der Koalition mit der SP zu erreichen gab.

Die Landesregierung sieht keine andere Möglichkeit, dem Erkenntnis des Höchstgerichtes zu entsprechen und ersucht diese Rechtslage zu respektieren und auch umzusetzen.

Georg Danzl legt am Beispiel Schönberg, erarbeitet vom GF dieser Agrargemeinschaft vor: Die Agrargemeinschaft Schönberg hat ca 10 mio Euro investiert, auf volles Risiko der Mitglieder. Die bisher geleisteten Steuererträge an die öffentliche Hand überschreiten diesen Betrag bei weitem, zusätzlich wurden einige Dauerarbeitsplätze geschaffen. Er persönlich als Mitglied habe mit seiner Arbeitsleistung und seinen Beiträgen für nicht geleistete Schichten ca 10.000.- Euro in die Agrargemeinschaft eingebracht und an Ausschüttungen nach Abzug der Steuern 3.500.- Euro erhalten. Es ist daher nicht einsehbar, dass nun die Gemeinde künftige Erträge abschöpfen könne.

Weiters erwartet Danzl von der ÖVP Unterstützung im Parlament für den Antrag auf Novellierung des Flurverfassungs-Grundsatzgesetzes FVGG.

LH Platter erklärt dazu, dass derzeit schon einige höchstgerichtliche Verfahren laufen, in denen zu Jagd, Einkünften von gewerblichen Betrieben, errichteten Gebäuden usw. bald Erkenntnisse zu Gunsten der Agrargemeinschaften erwartet werden.

Zu Novelle FVGG erklären LH und STV einhellig, dass sie realistischerweise nicht die geringste Chance sehen ein solches Gesetz derzeit zur Novellierung zu bringen und sich deshalb auch dafür nicht verwenden.

Willi Schlögl erklärt am Beispiel seines Hofes seinen Eigentumsanspruch und belegt diesen anschaulich mit Unterlagen und Gesetzestexten. Weiters kritisiert Willi die dreijährige Verzögerung der von dem VGH Erkenntnis an die erste Instanz rückverwiesene Regulierungsanpassung.

Mag. Baldauf erklärt dazu, dass diese Regulierungsanpassung bereits laufe, die Einladung zu Parteiengehör in Mieders zugestellt sei und nun zu sehen sei, welches Ergebnis zu erreichen ist.

LH Platter stellt dazu fest, dass er damit rechne, dass dieses Ergebnis auch die Instanzen beschäftigen werde und er finde die Abklärung bis zu den Höchstgerichten sinnvoll, das diene der Rechtssicherheit.

Willi Schlögl's Unterlagen blieben unkommentiert

Toni Riser berichtet an den LH von bekannten Ungereimtheiten in den Entscheidungen der Agrarbehörden (lt. Anhang Lösungsvorschlag) und stellt fest: Das Land Tirol müsse größtes Interesse daran haben, diesen Rechtsstreit, der seine Wurzeln in den vergangenen Jahrhunderten hat, rechtlich sauber aufzuarbeiten um für die Zukunft für alle Beteiligten Rechtssicherheit herbeizuführen.

Agrar West schlägt dazu vor, eine international besetzte Historikerkommission einzusetzen, um die Eigentumsgeschichte der Tiroler Wälder endgültig aufzuarbeiten.

Mit den daraus gewonnenen Erkenntnissen könne dann eine möglichst korrekte, für die betroffenen nachvollziehbare Gemeindegutsfeststellung erfolgen.

LH Stv. Steixner erklärt dazu, er wisse aus Gesprächen mit dem Herrn Dr. Grabenwarter, daß sich die Höchstgerichte sehr wohl mit der Eigentumsgeschichte auseinandergesetzt haben und unter Berücksichtigung dieser bewusst so entschieden hätten. Dieser Ansicht wurde von Georg vehement widersprochen, weil sich in den Erkenntnissen augenscheinlich kein Hinweis darauf erkennen lässt, wohl eher bewusstes Vermeiden historischer Aufarbeitung.

LH Plattner und LH Stv Steixner meinen einvernehmlich, dass die Einrichtung einer Historikerkommission keinen Nutzen in der Sache hätte und nur ein Hinausziehen der Rechtsstreitigkeiten bedeuten würde.

Markus Gerber konnte seine Urkunde von 1947, welche besagt, dass zum Bau eines Zollhauses die Zustimmung der Grundbesitzer – ausdrücklich aller Stammsitzliegenschaftsbesitzer eingeholt werden müsse aus Zeitgründen nicht mehr vorbringen.

Zum Abschluss ersuchten der Herr Landeshauptmann und Stv. Steixner weiterhin einvernehmliche Lösungen mit den Gemeinden zu suchen und Vereinbarungen abzuschließen. Langfristig werde es sicher zu weiteren Hauptteilungen kommen. Eine weitere Verschärfung des TFLG (wie von Opposition und Gemeindeverband gefordert) schließen beide aus.

Mit freundlichen Grüßen
toni